

**Vorlage Nr. 101.17.1518**

17. November 2014  
1 von 2

## **Beratungsstelle für Eltern mit behinderten Kindern**

### **Antrag**

**zur Überweisung in den Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und Grundsatzfragen und in den Ausschuss für Schule, Jugend und Bildung**

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen,

Der Magistrat wird beauftragt eine Beratungsstelle einzurichten, in der Eltern von Kindern mit Behinderung eine ausführliche, gebündelte Beratung über Integrationsmaßnahmen bekommen.

### **Begründung:**

Am 28.08.2008 wurde der Magistrat mit einem Beschluss der Stadtverordnetenversammlung beauftragt, die Möglichkeiten für eine solche Beratungsstelle zu prüfen. Daraufhin wurde eine Arbeitsgruppe eingerichtet, die laut Beschlusskontrolle vom 23.02.2009 die Situation darlegte und die Problematik aufgrund der Zuständigkeit verschiedener Ämter unterstrich. Die Stadtverordneten wurden jedoch nicht über Ergebnisse der folgenden Treffen der Arbeitsgruppe in Kenntnis gesetzt.

Stattdessen gibt es Hinweise, dass die Regeln und Zuständigkeiten für Eltern weiterhin unklar sind und zum Beispiel die Zeit von der Beantragung bis zur Genehmigung der Schulassistenz Monate dauern kann.

Die Einrichtung einer gemeinsamen Beratungsstelle, die ämterübergreifend arbeitet, sollte Eltern erheblich unterstützen

- durch gebündelte Informationen,
- Unterstützung bei der Antragstellung für verschiedenen Fördertöpfe und Zuständigkeiten,

- verbindliche und kurzfristige Bearbeitung von Anträgen über Fördermöglichkeiten
- durch eine permanente Anlaufstelle in verschiedenen Lebensabschnitten (z.B. Übergang KiTa – Grundschule – weiterführende Schule).

2 von 2

Berichterstatter/-in:            Stadtverordneter Axel Selbert

gez. Norbert Domes  
Fraktionsvorsitzender